

Erläuterungen des Obersten Volksgerichtes zu einigen Fragen über die Anwendung des „Verwaltungsprozessgesetzes der Volksrepublik China“

最高人民法院关于适用 《中华人民共和国行政诉讼法》 若干问题的解释¹

《最高人民法院关于适用〈中华人民共和国行政诉讼法〉若干问题的解释》已于2015年4月20日由最高人民法院审判委员会第1648次会议通过，现予公布，自2015年5月1日起施行。

最高人民法院
2015年4月22日

法释〔2015〕9号

最高人民法院关于适用 《中华人民共和国行政诉讼法》 若干问题的解释

（2015年4月20日最高人民法院审判委员会第1648次会议通过）

为正确适用第十二届全国人民代表大会常务委员会第十一次会议决定修改的《中华人民共和国行政诉讼法》，结合人民法院行政审判工作实际，现就有关条款的适用问题解释如下：

第一条 人民法院对符合起诉条件的案件应当立案，依法保障当事人行使诉讼权利。

对当事人依法提起的诉讼，人民法院应当根据行政诉讼法第五十一条的规定，一律接收起诉状。能够判断符合起诉条件的，应当当场登记立案；当场不能判断是否符合起诉条件的，应当在接收起诉状后七日内决定是否立案；七日内仍不能作出判断的，应当先予立案。

Erläuterungen des Obersten Volksgerichtes zu einigen Fragen über die Anwendung des „Verwaltungsprozessgesetzes der Volksrepublik China“

Die „Erläuterungen des Obersten Volksgerichts zu einigen Fragen über die Anwendung des ‚Verwaltungsprozessgesetzes der Volksrepublik China‘“, die auf der 1.648. Sitzung des Rechtsprechungsausschusses des Obersten Volksgerichts am 20.4.2015 verabschiedet worden sind, werden hiermit bekannt gemacht [und] seit dem 1.5.2015 angewendet.

Oberstes Volksgericht
22. April 2014

Fashi [2015] Nr. 09

Erläuterungen des Obersten Volksgerichtes zu einigen Fragen über die Anwendung des „Verwaltungsprozessgesetzes der Volksrepublik China“

(Verabschiedet auf der 1.648. Sitzung des Rechtsprechungsausschusses des Obersten Volksgerichts am 20.4.2015)

Zur korrekten Anwendung des auf dem 12. Nationalen Volkskongresses auf seiner 11. Sitzung revidierten „Verwaltungsprozessgesetzes der Volksrepublik China“ werden im Lichte der Praxis der Rechtsprechung der Volksgerichte zunächst Anwendungsprobleme entsprechender Paragraphen wie folgt erläutert:

§ 1 [Pflicht zur Klageannahme; Entscheidung über Klageannahme, Aufklärungspflicht; Berufung] Volksgerichtes haben bei Fällen, die den Anforderungen einer Klageerhebung entsprechen, Klagen anzunehmen und gemäß dem Recht die Ausübung der Klagerechte der Parteien zu gewährleisten.

Erheben die Parteien gemäß dem Recht Klage, haben die Volksgerichte gemäß § 51 Verwaltungsprozessgesetz stets die Klageschrift anzunehmen. Kann beurteilt werden, ob den Anforderungen einer Klageerhebung entsprochen wurde, hat es unmittelbar eine Klageannahme zu registrieren. Kann nicht unmittelbar beurteilt werden, ob den Anforderungen einer Klageerhebung entsprochen wurde, ist sieben Tage nach der Annahme der Klageschrift zu entscheiden, ob die Klage angenommen wird. Kann innerhalb von sieben Tagen immer noch keine Beurteilung erfolgen, ist die Klage vorläufig anzunehmen.

¹ Quelle: Amtsblatt des Obersten Volksgerichtes (最高人民法院公报), Nr. 8, 2015, S. 5-8.

起诉状内容或者材料欠缺的，人民法院应当一次性全面告知当事人需要补正的内容、补充的材料及期限。在指定期限内补正并符合起诉条件的，应当登记立案。当事人拒绝补正或者经补正仍不符合起诉条件的，裁定不予立案，并载明不予立案的理由。

当事人对不予立案裁定不服的，可以提起上诉。

第二条 行政诉讼法第四十九条第三项规定的“有具体的诉讼请求”是指：

(一) 请求判决撤销或者变更行政行为；

(二) 请求判决行政机关履行法定职责或者给付义务；

(三) 请求判决确认行政行为违法；

(四) 请求判决确认行政行为无效；

(五) 请求判决行政机关予以赔偿或者补偿；

(六) 请求解决行政协议争议；

(七) 请求一并审查规章以下规范性文件；

(八) 请求一并解决相关民事争议；

(九) 其他诉讼请求。

当事人未能正确表达诉讼请求的，人民法院应当予以释明。

第三条 有下列情形之一的，已经立案的，应当裁定驳回起诉：

(一) 不符合行政诉讼法第四十九条规定的；

(二) 超过法定起诉期限且无正当理由的；

(三) 错列被告且拒绝变更的；

(四) 未按照法律规定由法定代理人、指定代理人、代表人为诉讼行为的；

Sind Inhalt oder Anlagen einer Klageschrift lückenhaft, hat das Volksgericht die Partei einmalig umfassend über notwendige Korrekturen und zu ergänzende Anlagen sowie die Frist in Kenntnis zu setzen. Erfolgt innerhalb der festgesetzten Frist gemäß den Klageanforderungen eine Korrektur, ist eine Klageannahme zu registrieren. Lehnt die Partei die Korrekturen ab oder wird auch noch nach den Korrekturen nicht den Anforderungen der Klageerhebung entsprochen, ergeht Beschluss, die Klage nicht anzunehmen und der Beschluss hat ausdrücklich die Gründe für die Nichtannahme zu nennen.

Wollen sich die Parteien dem Beschluss, dass die Klage nicht angenommen wird, nicht unterwerfen, können sie Berufung einlegen.

§ 2 [Definition von „konkretes Klagebegehren“] „Es gibt ein konkretes Klagebegehren“ in § 49 Nr. 3 Verwaltungsprozessgesetz bedeutet:

(1) Begehren eines Urteils, ein Verwaltungshandeln aufzuheben oder zu ändern;

(2) Begehren einer Verurteilung einer Verwaltungsbehörde zur Erfüllung ihrer gesetzlich bestimmten Amtspflichten oder Leistungspflicht ;

(3) Begehren eines Urteils zur Feststellung der Widerrechtlichkeit des Verwaltungshandelns;

(4) Begehren eines Urteils zur Feststellung der Unwirksamkeit des Verwaltungshandelns;

(5) Begehren einer Verurteilung einer Verwaltungsbehörde zur Gewährung von Entschädigung oder Schadensersatz;

(6) Begehren eines Urteils zur Beilegung eines Streits über eine Verwaltungsvereinbarung;

(7) Begehren, dass [im Rahmen des eigentlichen Klagebegehrens] auch Normativdokumente unterhalb der Ebene der Verwaltungsvorschriften überprüft werden;

(8) Begehren, dass [im Rahmen des eigentlichen Klagebegehrens] auch ein Zivilrechtsstreit gelöst werden;

(9) andere Klagebegehren.

Gelingt einer Partei keine korrekte Darstellung des Klagebegehrens, hat das Volksgericht eine Aufklärung vorzunehmen.

§ 3 [Zurückweisung einer bereits angenommenen Klage] Bei einem der unten aufgeführten Umstände ist die Zurückweisung der Klage zu beschließen, wenn sie bereits angenommen wurde:

(1) wenn nicht § 49 Verwaltungsprozessgesetz entsprochen wird;

(2) wenn die gesetzlich bestimmte Frist verstrichen ist und hierfür kein Rechtfertigungsgrund vorliegt;

(3) wenn eine Beklagte fälschlicherweise aufgeführt ist, und eine Änderung abgelehnt wird;

(4) wenn ein gesetzlicher Vertreter, ein bestimmter Vertreter oder eine Vertretungsperson Prozesshandlungen vorgenommen hat, die nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen;

(五) 未按照法律、法规规定先向行政机关申请复议的;

(六) 重复起诉的;

(七) 撤回起诉后无正当理由再行起诉的;

(八) 行政行为对其合法权益明显不产生实际影响的;

(九) 诉讼标的已为生效裁判所羁束的;

(十) 不符合其他法定起诉条件的。

人民法院经过阅卷、调查和询问当事人, 认为不需要开庭审理的, 可以迳行裁定驳回起诉。

第四条 公民、法人或者其他组织依照行政诉讼法第四十七条第一款的规定, 对行政机关不履行法定职责提起诉讼的, 应当在行政机关履行法定职责期限届满之日起六个月内提出。

第五条 行政诉讼法第三条第三款规定的“行政机关负责人”, 包括行政机关的正职和副职负责人。行政机关负责人出庭应诉的, 可以另行委托一至二名诉讼代理人。

第六条 行政诉讼法第二十六条第二款规定的“复议机关决定维持原行政行为”, 包括复议机关驳回复议申请或者复议请求的情形, 但以复议申请不符合受理条件为由驳回的除外。

行政诉讼法第二十六条第二款规定的“复议机关改变原行政行为”, 是指复议机关改变原行政行为的处理结果。

第七条 复议机关决定维持原行政行为的, 作出原行政行为的行政机关和复议机关是共同被告。原告只起诉作出原行政行为的行政机关或者复议机关的, 人民法院应当告知原告追加被告。原告不同意追加的, 人民法院应当将另一机关列为共同被告。

(5) wenn nicht gemäß den Vorschriften der Gesetze oder Verwaltungsrechtsbestimmungen zunächst Widerspruch bei der Verwaltungsbehörde eingelegt wurde;

(6) wenn wiederholt Klage eingereicht wird;

(7) wenn, nachdem die Klage zurückgezogen wurde, ungerechtfertigterweise noch einmal geklagt wird;

(8) wenn das Verwaltungshandeln die jeweiligen legalen Rechte und Interessen eindeutig nicht beeinträchtigt;

(9) wenn der Prozessgegenstand bereits durch eine wirksame Entscheidung beschränkt wird;

(10) wenn anderen Rechtsvorschriften der Klageerhebung nicht entsprochen wird.

Wenn ein Volksgericht nach einer Durchsicht der Fallakten, Untersuchung und Befragung der Parteien zu der Ansicht kommt, dass eine Behandlung in Sitzungen nicht notwendig ist, kann es beschließen, die Klage zurückzuweisen.

§ 4 [Klagefrist bei Amtspflicht-verletzung] Erheben Bürger, juristische Personen und andere Organisationen gemäß § 47 Absatz 1 Verwaltungsprozess-gesetz gegen eine Verwaltungsbehörde Klage, die ihren gesetzlichen Amtspflichten nicht nachgekommen ist, so haben sie dies innerhalb von sechs Monaten seit Ablauf der Erfüllungsfrist der Verwaltungsbehörde vorzunehmen.

§ 5 [Definition von „Verantwortliche einer Behörde“] „Der Verantwortliche einer Verwaltungsbehörde“ gemäß § 3 Absatz 3 Verwaltungsprozessgesetz umfasst die im Hauptamt und im Nebenamt tätigen Verantwortlichen der Behörde. Der Verantwortliche einer Behörde hat vor Gericht zu erscheinen, [und] kann ein oder zwei Prozessvertreter beauftragen.

§ 6 [Definition von „Die Widerspruchsbehörde hat auf Aufrechterhaltung des ursprünglichen Verwaltungshandelns erkannt“; Definition von „Die Widerspruchsbehörde ändert das ursprüngliche Verwaltungshandeln“] „Die Widerspruchsbehörde hat auf Aufrechterhaltung des ursprünglichen Verwaltungshandelns erkannt“ gemäß § 26 Absatz 2 Verwaltungsprozessgesetz schließt die Umstände ein, dass die Widerspruchsbehörde den Antrag auf Widerspruch oder Widerspruchsbegehren zurückweist, es sei denn, die Zurückweisung erfolgt, weil der Antrag auf Widerspruch nicht den Annahmebedingungen entspricht.

„Die Widerspruchsbehörde ändert das ursprüngliche Verwaltungshandeln“ gemäß § 26 Absatz 2 des Verwaltungsprozessgesetzes bedeutet, dass die Widerspruchsbehörde das Ergebnis des ursprünglichen Verwaltungshandelns geändert hat.

§ 7 [Beklagte] Beschließt die Widerspruchsbehörde, das ursprüngliche Verwaltungshandeln aufrechtzuerhalten, so sind die Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat, und die Widerspruchsbehörde gemeinsame Beklagte. Erhebt der Kläger nur gegen die Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat, oder gegen die Widerspruchsbehörde Klage, hat das Volksgericht dem Kläger mitzuteilen, dass eine Beklagte hinzugefügt wurde. Ist der Kläger mit der Ergänzung nicht einverstanden, hat das Volksgericht die andere Behörde als gemeinsame Beklagte zu klassifizieren.

第八条 作出原行政行为的行政机关和复议机关为共同被告的，以作出原行政行为的行政机关确定案件的级别管辖。

第九条 复议机关决定维持原行政行为的，人民法院应当在审查原行政行为合法性的同时，一并审查复议程序的合法性。

作出原行政行为的行政机关和复议机关对原行政行为合法性共同承担举证责任，可以由其中一个机关实施举证行为。复议机关对复议程序的合法性承担举证责任。

第十条 人民法院对原行政行为作出判决的同时，应当对复议决定一并作出相应判决。

人民法院判决撤销原行政行为和复议决定的，可以判决作出原行政行为的行政机关重新作出行政行为。

人民法院判决作出原行政行为的行政机关履行法定职责或者给付义务的，应当同时判决撤销复议决定。

原行政行为合法、复议决定违反法定程序的，应当判决确认复议决定违法，同时判决驳回原告针对原行政行为的诉讼请求。

原行政行为被撤销、确认违法或者无效，给原告造成损失的，应当由作出原行政行为的行政机关承担赔偿责任；因复议程序违法给原告造成损失的，由复议机关承担赔偿责任。

第十一条 行政机关为实现公共利益或者行政管理目标，在法定职责范围内，与公民、法人或者其他组织协商订立的具有行政法上权利义务内容的协议，属于行政诉讼法第十二条第一款第十一项规定的行政协议。

§ 8 [Bestimmung der Zuständigkeitsstufe der Gerichte] Sind die Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat, und die Widerspruchsbehörde gemeinsame Beklagte, so wird die Zuständigkeitsstufe des Falles anhand der Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat, bestimmt.

§ 9 [Rechtmäßigkeitsprüfung durch Gericht; Beweislast der Behörden] Beschließt die Widerspruchsbehörde, das ursprüngliche Verwaltungshandeln aufrecht zu erhalten, haben die Volksgerichte bei der Untersuchung der Rechtmäßigkeit auch die Rechtmäßigkeit des Widerspruchsverfahrens zu untersuchen.

Die Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat, und die Widerspruchsbehörde tragen gemeinsam die Beweislast bezüglich der Rechtmäßigkeit des ursprünglichen Verwaltungshandelns, [und] können unter ihnen eine Behörde die Beweiserbringung durchführen lassen. Die Widerspruchsbehörde trägt die Beweislast bezüglich der Rechtmäßigkeit des Widerspruchsverfahrens.

§ 10 [Urteilsumfang; Urteil bei Aufhebung der Entscheidungen beider Behörden; Urteil bei Verletzung der Amts- und Leistungspflicht; Urteil bei Rechtswidrigkeit der Widerspruchsentscheidung; Schadensersatz] Urteilt ein Volksgericht über das ursprünglich erlassene Verwaltungshandeln, hat es auch über die Entscheidung der Widerspruchsbehörde zu urteilen.

Entscheidet das Volksgericht, das ursprüngliche Verwaltungshandeln und die Entscheidung der Widerspruchsbehörde aufzuheben, kann es entscheiden, dass die Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat, erneut ein Verwaltungshandeln erlässt.

Entscheidet das Volksgericht über die Erfüllung der gesetzlichen Amtspflicht oder Leistungspflicht der Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat, hat es zugleich über die Aufhebung der Widerspruchsentscheidung zu entscheiden.

Ist das ursprüngliche Verwaltungshandeln rechtmäßig, verstößt [jedoch] die Widerspruchsentscheidung gegen gesetzliche Verfahrensvorschriften, so ist zu entscheiden, dass die Widerspruchsentscheidung rechtswidrig ist, [und] zugleich, dass das Klagebegehren des Klägers gegenüber dem ursprünglichen Verwaltungshandeln zurückgewiesen wird.

Wird das ursprüngliche Verwaltungshandeln aufgehoben, für rechtswidrig oder unwirksam erklärt, [und] dem Kläger ein Schaden verursacht, so hat die Verwaltungsbehörde, die das ursprüngliche Verwaltungshandeln erlassen hat die Schadensersatzpflicht zu tragen. Wird dem Kläger aufgrund des rechtswidrigen Widerspruchsverfahrens ein Schaden zugefügt, so hat die Widerspruchsbehörde die Schadensersatzpflicht zu tragen.

§ 11 [Definition von Verwaltungsvereinbarung] Wenn Verwaltungsbehörden zur Verwirklichung von öffentlichen Interessen oder Verwaltungszielen im Rahmen ihrer gesetzlichen Amtspflichten mit Bürgern, juristischen Personen oder anderen Organisationen Vereinbarungen schließen, die verwaltungsrechtliche Rechte und Pflichten zum Inhalt haben, so zählen diese zu den Verwaltungsvereinbarungen gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 11 Verwaltungsprozessgesetz.

公民、法人或者其他组织就下列行政协议提起行政诉讼的，人民法院应当依法受理：

- (一) 政府特许经营协议；
- (二) 土地、房屋等征收征用补偿协议；
- (三) 其他行政协议。

第十二条 公民、法人或者其他组织对行政机关不依法履行、未按照约定履行协议提起诉讼的，参照民事法律规范关于诉讼时效的规定；对行政机关单方变更、解除协议等行为提起诉讼的，适用行政诉讼法及其司法解释关于起诉期限的规定。

第十三条 对行政协议提起诉讼的案件，适用行政诉讼法及其司法解释的规定确定管辖法院。

第十四条 人民法院审查行政机关是否依法履行、按照约定履行协议或者单方变更、解除协议是否合法，在适用行政法律规范的同时，可以适用不违反行政法和行政诉讼法强制性规定的民事法律规范。

第十五条 原告主张被告不依法履行、未按照约定履行协议或者单方变更、解除协议违法，理由成立的，人民法院可以根据原告的诉讼请求判决确认协议有效、判决被告继续履行协议，并明确继续履行的具体内容；被告无法继续履行或者继续履行已无实际意义的，判决被告采取相应的补救措施；给原告造成损失的，判决被告予以赔偿。

原告请求解除协议或者确认协议无效，理由成立的，判决解除协议或者确认协议无效，并根据合同法等相关法律规定作出处理。

被告因公共利益需要或者其他法定理由单方变更、解除协议，给原告造成损失的，判决被告予以赔偿。

第十六条 对行政机关不依法履行、未按照约定履行协议提起诉讼的，诉讼费用准用民事案

Erheben Bürger, juristische Personen oder andere Organisationen schließlich gegen eine der folgenden Verwaltungsvereinbarungen Klage, so haben die Volksgerichte diese nach dem Recht anzunehmen:

- (1) Vereinbarungen über Regierungskonzessionen;
- (2) Vereinbarungen über die Entschädigung bei einer Enteignung oder Beschlagnahme von z.B. Boden oder Wohnung;
- (3) andere Verwaltungsvereinbarungen.

§ 12 [Klagefrist bei Verwaltungsvereinbarung] Wenn Bürger, juristische Personen oder andere Organisationen Klage gegen eine Verwaltungsbehörde erheben, die eine Vereinbarung nicht nach dem Recht oder wie festgelegt erfüllt, so sind die Klageverjährungsfristen der zivilrechtlichen Regelungen einschlägig. Wenn Klage gegen eine Verwaltungsbehörde erhoben wird, die z.B. einseitig die Vereinbarung ändert oder beendet, so werden die Bestimmungen des Verwaltungsprozessgesetzes und die entsprechenden Justizauslegungen bezüglich der Klageverjährungsfristen angewendet.

§ 13 [Bestimmung der gerichtlichen Zuständigkeit] Bei Fällen von Klagen gegen Verwaltungsvereinbarungen werden die Bestimmungen des Verwaltungsprozessgesetzes und die entsprechenden Justizauslegungen angewendet, um das zuständige Gericht zu bestimmen.

§ 14 [Gesetzliche Grundlagen des Urteils] In der Überprüfung, ob eine Vereinbarung nach dem Recht oder wie festgelegt erfüllt wurde oder ob eine einseitige Änderung oder Beendigung der Vereinbarung rechtmäßig war, können Volksgerichte neben verwaltungsrechtlichen Regelungen zugleich auch zivilrechtliche Regelungen anwenden, die den zwingenden Bestimmungen des Verwaltungsrechts und des Verwaltungsprozessgesetzes nicht widersprechen.

§ 15 [Urteilsinhalt; Begehren auf Beendigung der Vereinbarung durch Kläger; Schadensersatz] Wenn die Ansicht des Klägers, dass eine Vereinbarung nicht nach dem Recht oder wie festgelegt erfüllt wurde oder eine einseitige Änderung oder Beendigung der Vereinbarung rechtswidrig war, begründet ist, können Volksgerichte auf der Grundlage des Klagebegehrens des Klägers in ihrer Entscheidung feststellen, dass die Vereinbarung wirksam ist oder dass die Beklagte die Erfüllung der Vereinbarung fortsetzt, und den Inhalt der Erfüllung festlegen. Wenn die Fortsetzung der Erfüllung für die Beklagte unmöglich ist oder eine Fortsetzung keine praktische Bedeutung mehr hat, so wird entschieden, dass die Beklagte angemessene Ausgleichsmaßnahmen ergreift. Entsteht dem Kläger ein Schaden, so wird entschieden, dass die Beklagte Schadensersatz leistet.

Wenn der Kläger begehrt, dass die Vereinbarung beendet wird oder deren Unwirksamkeit festgestellt wird und dies begründet ist, so wird entschieden, dass die Vereinbarung beendet ist oder deren Unwirksamkeit festgestellt. Ferner wird gemäß dem Vertragsrecht und entsprechenden Rechtsbestimmungen verfahren.

Erfolgt eine einseitige Änderung oder Beendigung der Vereinbarung durch die Beklagte aus den Erfordernissen des öffentlichen Interesses oder anderer gesetzlich bestimmter Gründe und entsteht dem Kläger ein Schaden, so wird entschieden, dass die Beklagte Schadensersatz leistet.

§ 16 [Prozesskosten] Die Prozesskosten einer Klage gegen eine Verwaltungsbehörde, die eine Vereinbarung nicht nach dem Recht oder wie festgelegt erfüllt, richten sich nach den Sätzen, die bei zivilrechtli-

件交纳标准；对行政机关单方变更、解除协议等行为提起诉讼的，诉讼费用适用行政案件交纳标准。

第十七条 公民、法人或者其他组织请求一并审理行政诉讼法第六十一条规定的相关民事争议，应当在第一审开庭审理前提出；有正当理由的，也可以在法庭调查中提出。

有下列情形之一的，人民法院应当作出不予准许一并审理民事争议的决定，并告知当事人可以依法通过其他渠道主张权利：

（一）法律规定应当由行政机关先行处理的；

（二）违反民事诉讼法专属管辖规定或者协议管辖约定的；

（三）已经申请仲裁或者提起民事诉讼的；

（四）其他不宜一并审理的民事争议。

对不予准许的决定可以申请复议一次。

第十八条 人民法院在行政诉讼中一并审理相关民事争议的，民事争议应当单独立案，由同一审判组织审理。

审理行政机关对民事争议所作裁决的案件，一并审理民事争议的，不另行立案。

第十九条 人民法院一并审理相关民事争议，适用民事法律规范的相关规定，法律另有规定的除外。

当事人在调解中对民事权益的处分，不能作为审查被诉行政行为合法性的根据。

行政争议和民事争议应当分别裁判。当事人仅对行政裁判或者民事裁判提出上诉的，未上诉的裁判在上诉期满后即发生法律效力。第一审人民法院应当将全部案卷一并移送第二审人民法院，由行政审判庭审理。第二审人民法院发现未上诉的生效裁判

在行政案件中一并审理的，应当依照民事诉讼法的规定，由民事审判庭审理。当事人对行政裁判和民事裁判一并提出上诉的，应当依照行政诉讼法的规定，由行政审判庭一并审理。

§ 17 [Klageverbindung; Ausnahme der Klageverbindung] Bürger, juristische Personen und andere Organisationen, die [im Rahmen des eigentlichen Klagebegehrens] auch die Behandlung einer entsprechenden zivilrechtlichen Streitigkeit gemäß § 61 Verwaltungsprozessgesetz begehren, haben dies vor der erstinstanzlichen Verhandlung vorzubringen. Liegen Rechtfertigungsgründe vor, so kann dies auch während der gerichtlichen Untersuchung vorgebracht werden.

Liegt eine der folgenden Umstände vor, so haben die Volksgerichte [im Rahmen des eigentlichen Klagebegehrens] eine gemeinsame Behandlung einer zivilrechtlichen Streitigkeit nicht zuzulassen, die Partei jedoch darüber in Kenntnis zu setzen, dass ihre Rechte über andere Kanäle gemäß dem Recht durchgesetzt werden können.

(1) wenn Gesetze bestimmen, dass [die zivilrechtliche Streitigkeit] zunächst von Verwaltungsbehörden vorzunehmen ist;

(2) wenn Bestimmungen des Zivilprozessrechts zu Sonderzuständigkeiten oder in einer Vereinbarung festgelegte Zuständigkeiten dem widersprechen;

(3) wenn bereits eine Beilegung durch Schiedsspruch beantragt oder zivilrechtliche Klage erhoben wurde;

(4) bei anderen für eine gemeinsame Behandlung unangemessenen zivilrechtlichen Streitigkeiten.

Gegen die Entscheidung der Nichtzulassung kann einmalig Widerspruch eingelegt werden.

§ 18 [Gesonderte Klageannahme; Ausnahme] Behandeln Volksgerichte eine entsprechende zivilrechtliche Streitigkeit im Rahmen eines Verwaltungsprozesses, so ist die zivilrechtliche Streitigkeit gesondert als Klage anzunehmen und wird vom selben Spruchkörper verhandelt.

In Fällen, bei denen Verwaltungsbehörden ein Schiedsurteil in einer zivilrechtlichen Streitigkeit aussprechen und [im Rahmen des eigentlichen Klagebegehrens] auch eine zivilrechtliche Streitigkeit behandelt wird, erfolgt keine gesonderte Klageannahme.

§ 19 [Gesetzliche Grundlage bei Klageverbindung; Ausschluss der Rechtmäßigkeitsprüfung; getrennte Behandlung] Behandeln Volksgerichte [im Rahmen des eigentlichen Klagebegehrens] auch eine zivilrechtliche Streitigkeit, so werden die entsprechenden Bestimmungen der zivilrechtlichen Gesetzesregeln angewendet, es sei denn, dass gesetzlich etwas anderes bestimmt wird.

Wenn eine Partei in einer Schlichtung zivilrechtliche Interessen verfolgt, so kann die Rechtmäßigkeit der Grundlage des angegriffenen Verwaltungshandelns nicht überprüft werden.

Verwaltungsstreitigkeit und zivilrechtliche Streitigkeit sind getrennt voneinander zu entscheiden. Legt eine Partei nur gegen die verwaltungsrechtliche Entscheidung oder nur gegen die zivilrechtliche Entscheidung Berufung ein, so erlangt die Entscheidung, gegen die keine Berufung eingelegt wurde, nach Ablauf der Berufungsfrist Rechtskraft. Das erstinstanzliche Volksgericht hat dem zweitinstanzlichen Volksgericht alle Gerichtsakten komplett zu übermitteln, die Behandlung wird von den Verwaltungskammern vorgenommen. Wenn

确有错误的，应当按照审判监督程序再审。

第二十条 公民、法人或者其他组织请求人民法院一并审查行政诉讼法第五十三条规定的规范性文件，应当在第一审开庭审理前提出；有正当理由的，也可以在法庭调查中提出。

第二十一条 规范性文件不合法的，人民法院不作为认定行政行为合法的依据，并在裁判理由中予以阐明。作出生效裁判的人民法院应当向规范性文件的制定机关提出处理建议，并可以抄送制定机关的同级人民政府或者上一级行政机关。

第二十二条 原告请求被告履行法定职责的理由成立，被告违法拒绝履行或者无正当理由逾期不予答复的，人民法院可以根据行政诉讼法第七十二条的规定，判决被告在一定期限内依法履行原告请求的法定职责；尚需被告调查或者裁量的，应当判决被告针对原告的请求重新作出处理。

第二十三条 原告申请被告依法履行支付抚恤金、最低生活保障待遇或者社会保险待遇等给付义务的理由成立，被告依法负有给付义务而拒绝或者拖延履行义务且无正当理由的，人民法院可以根据行政诉讼法第七十三条的规定，判决被告在一定期限内履行相应的给付义务。

第二十四条 当事人向上一级人民法院申请再审，应当在判决、裁定或者调解书发生法律效力后六个月内提出。有下列情形之一的，自知道或者应当知道之日起六个月内提出：

（一）有新的证据，足以推翻原判决、裁定的；

（二）原判决、裁定认定事实的主要证据是伪造的；

（三）据以作出原判决、裁定的法律文书被撤销或者变更的；

das zweitinstanzliche Volksgericht entdeckt, dass die rechtskräftige Entscheidung, gegen die keine Berufung eingelegt wurde, Fehler enthält, so ist gemäß dem Verfahren der Urteilsüberprüfung eine Wiederaufnahme vorzunehmen.

§ 20 [Überprüfung von Normativdokumenten] Bürger, juristische Personen und andere Organisationen, die [im Rahmen des eigentlichen Klagebegehrens] auch die Überprüfung von Normativdokumenten gemäß § 53 Verwaltungsprozessgesetz begehren, haben dies vor der erstinstanzlichen Verhandlung vorzubringen. Liegen Rechtfertigungsgründe vor, so kann dies auch während der gerichtlichen Untersuchung vorgebracht werden.

§ 21 [Entscheidung über das Normativdokument] Ist ein Normativdokument rechtswidrig, so dient es dem Volksgericht nicht als Grundlage für die Bestimmung der Rechtmäßigkeit eines Verwaltungshandelns, was in den Urteilsgründen erläutert wird. Das Volksgericht, welches eine rechtskräftige Entscheidung getroffen hat, hat dem Organ, welches das Normativdokument erlassen hat, einen Änderungsvorschlag zu unterbreiten und kann der Volksregierung auf der Ebene des Organs oder der vorgesetzten Verwaltungsbehörde eine Kopie zuleiten.

§ 22 [Entscheidung über Erfüllung der Amtspflichten der Beklagten] Ist das Begehren eines Klägers über die Erfüllung von gesetzlich bestimmten Amtspflichten der Beklagten begründet und verweigert die Beklagte rechtswidrig die Erfüllung oder ist mit einer Entgegnung ungerechtfertigterweise in Verzug, so können die Volksgerichte gemäß den Bestimmungen des § 72 Verwaltungsprozessgesetz entscheiden, dass die Beklagte innerhalb einer bestimmten Frist gemäß dem Recht die vom Kläger begehrte gesetzlich bestimmte Amtspflicht zu erfüllen hat. Ist noch eine Untersuchung oder Bewertung durch die Beklagte erforderlich, so ist zu entscheiden, dass dies im Lichte des vom Kläger begehrten Neuerlasses [des Verwaltungshandelns] zu erfolgen hat.

§ 23 [Frist zur Erfüllung der Zahlungspflicht] Wenn der Antrag eines Klägers, dassz.B. die Beklagte gemäß dem Recht eine Hinterbliebenen- oder Versehrtenrente, eine Grundsicherung oder Sozialversicherungsleistungen zu gewähren hat, begründet ist, die Beklagte nach dem Recht die Zahlungspflicht hat und [diese] jedoch unrechtmäßig verweigert oder die Erfüllungspflicht verschleppt und hierfür kein Rechtfertigungsgrund vorliegt, so können die Volksgerichte gemäß § 73 Verwaltungsprozessgesetz entscheiden, dass die Beklagte innerhalb einer bestimmten Frist die entsprechende Zahlungspflicht zu erfüllen.

§ 24 [Frist und Gründe der Wiederaufnahme nach Eintritt der Rechtskraft] Beantragt eine Partei bei einem Volksgericht der höheren Stufe eine Wiederaufnahme, so hat dies innerhalb von sechs Monaten nach dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils, des Beschlusses oder der Schlichtung zu erfolgen. Liegt einer der folgenden Umstände vor, so hat dies innerhalb von sechs Monaten seit dem Tag, an dem [hierüber] Kenntnis erlangt wurde oder Kenntnis zu erlangen war, zu erfolgen:

(1) Wenn es neue Beweise gibt, die ausreichen, um das ursprüngliche Urteil oder den ursprünglichen Beschluss zu Fall zu bringen;

(2) wenn die Hauptbeweise zur Feststellung der Tatsachen im ursprünglichen Urteil oder Beschluss gefälscht waren;

(3) wenn die gesetzlich bestimmten Dokumente, auf denen das ursprüngliche Urteil oder der ursprüngliche Beschluss beruht, zurückgezogen oder geändert wurden;

(四) 审判人员审理该案件时有贪污受贿、徇私舞弊、枉法裁判行为的。

第二十五条 有下列情形之一的，当事人可以向人民检察院申请抗诉或者检察建议：

(一) 人民法院驳回再审申请的；

(二) 人民法院逾期未对再审申请作出裁定的；

(三) 再审判决、裁定有明显错误的。

人民法院基于抗诉或者检察建议作出再审判决、裁定后，当事人申请再审的，人民法院不予立案。

第二十六条 2015年5月1日前起诉期限尚未届满的，适用修改后的行政诉讼法关于起诉期限的规定。

2015年5月1日前尚未审结案件的审理期限，适用修改前的行政诉讼法关于审理期限的规定。依照修改前的行政诉讼法已经完成的程序事项，仍然有效。

对2015年5月1日前发生法律效力效力的判决、裁定或者行政赔偿调解书不服申请再审，或者人民法院依照审判监督程序再审的，程序性规定适用修改后的行政诉讼法的规定。

第二十七条 最高人民法院以前发布的司法解释与本解释不一致的，以本解释为准。

(4) wenn ein Richter während der Behandlung des Falles Amtsunterschlagung begangen, korrupt oder bestechlich war, betrügerischen Nepotismus oder in der Urteilsfindung Rechtsbeugung betrieben hat.

§ 25 [Gründe für eine Beschwerde oder Empfehlung der Volksstaatsanwaltschaft] Liegt einer der folgenden Umstände vor, kann eine Partei bei der Volksstaatsanwaltschaft Beschwerde einlegen oder eine staatsanwaltschaftliche Empfehlung unterbreiten:

(1) Wenn ein Volksgericht einen Antrag auf Wiederaufnahme zurückweist;

(2) wenn ein Volksgericht nach Ablauf der Frist noch keinen Beschluss über den Antrag auf Wiederaufnahme gefasst hat;

(3) wenn ein Wiederaufnahmeurteil oder -beschluss offensichtlich fehlerhaft ist.

Nachdem ein Volksgericht auf der Grundlage einer Beschwerde oder einer staatsanwaltschaftlichen Empfehlung zu einem Wiederaufnahmeurteil oder -beschluss gekommen ist und eine Partei eine Wiederaufnahme beantragt, so nehmen die Volksgerichte dies nicht an.

§ 26 [Anwendung der Revision vom 1. Mai 2015 entsprechend der Behandlungsfristen] Ist eine Klagefrist vor dem 1. Mai 2015 noch nicht abgelaufen, so werden die Bestimmungen des Verwaltungsprozessgesetzes zu Klagefristen nach dessen Revision angewendet.

Auf Behandlungsfristen eines Falles, der vor dem 1. Mai 2015 noch nicht abgeschlossen ist, finden die Bestimmungen des Verwaltungsprozessgesetzes zu Behandlungsfristen vor dessen Revision Anwendung. Verfahrensangelegenheiten die gemäß dem Verwaltungsprozessgesetz vor dessen Revision bereits abgeschlossen wurden, bleiben wirksam.

Bei Anträgen auf Wiederaufnahme, die sich gegen Urteile, Beschlüsse oder Schlichtersprüche bei Verwaltungsentschädigungen richten, die vor dem 1. Mai 2015 Rechtskraft erlangt haben, oder bei Wiederaufnahmen durch ein Volksgericht im Verfahren zur Überwachung von Entscheidungen werden die Verfahrensbestimmungen angewendet, wie sie das Verwaltungsprozessgesetz nach dessen Revision bestimmt.

§ 27 [Subsidiarität der früheren Justizauslegungen] Besteht keine Einheit zwischen dieser Auslegung und früheren Justizauslegungen des Obersten Volksgerichtes, so gilt diese Auslegung.

Übersetzung und Paragraphenüberschriften in eckigen Klammern:
Nina Rotermund, Universität Göttingen und Daniel Sprick, Universität zu Köln